

**4379/J XXV. GP**

Eingelangt am 25.03.2015

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

## ANFRAGE

des Abgeordneten Herbert Kickl  
und weiterer Abgeordneter

an den Bundeskanzler

### **betreffend mögliche Reparationszahlungen Österreichs an Griechenland**

In den letzten Wochen hat die neue griechische Regierung die seit langem bestehende Forderung nach deutschen Reparationen für deutsche Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg wieder thematisiert. Die deutsche Bundesregierung lehnte aber bisher Reparationszahlungen an Griechenland ab, da sie die Angelegenheit als rechtlich abschließend geregelt ansieht. In diese Diskussion um Forderungen aus Griechenland nach Reparationszahlungen aus dieser Kriegszeit haben sich aber nun kürzlich Politiker der deutschen Sozialdemokraten für eine Entschädigung ausgesprochen.

So meinte etwa die SPD-Politikerin Gesine Schwan am 16. März 2015 gegenüber dem Portal "Spiegel Online", dass für sie politisch der Fall eindeutig sei. "Wir sollten auf die Opfer und deren Angehörige finanziell zugehen." Deutschland müsse vor der eigenen Tür kehren, betonte Schwan. "Es geht darum anzuerkennen, dass wir in Griechenland schlimmes Unrecht begangen haben." Auch SPD-Vizechef Ralf Stegner sagte dem Nachrichtenportal, es müsse eine "Entschädigungs-Diskussion" geführt werden. "Es gibt auch nach Jahrzehnten noch zu lösende völkerrechtliche Fragen", betonte der SPD-Politiker.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

### **ANFRAGE:**

1. Gibt es Ihrerseits Überlegungen, dem Ansinnen deutscher SPD-Politiker zu folgen und auch in Österreich eine derartige „Entschädigungs-Diskussion“ zu beginnen?
2. Wenn ja, warum?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Sind Sie der Meinung, dass auch Österreich auf die Opfer und deren Angehörige finanziell zugehen müsste?
5. Wenn ja, warum?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

6. Wenn nein, warum nicht?
7. Reparationsforderungen seitens Griechenlands an Deutschland werden nicht zum ersten Mal gestellt - offiziell erstmals wieder 1995. Glauben Sie daher, dass Deutschland diesem Anliegen Folge leisten sollte?
8. Wenn ja, warum?
9. Wenn nein, warum nicht?